

«DROHNEN SIND AUCH FÜR DIE SCHWEIZ RELEVANT»

*Interview mit Bundespräsident Ueli Maurer
zur Sicherheitspolitik 2014–2020*



Herr Bundespräsident, welche Bedrohung für die Schweiz bereitet Ihnen als Verteidigungsminister in den nächsten Jahren die grösste Sorge? Ist die Schweiz genügend darauf vorbereitet und gerüstet?

Ueli Maurer: Als Erstes denke ich an Naturkatastrophen und technische Katastrophen, Cyber-Angriffe und die anhaltende Möglichkeit terroristisch motivierter Anschläge. Das sind sehr unterschiedliche Gefahren oder Bedrohungen: Bei den Katastrophen ist fast sicher, dass das eine oder andere Naturereignis eintrifft. Wir wissen aber nicht genau welches, wie stark und wann. Bei Cyber-Angriffen und Terrorismus ist die Wahrscheinlichkeit niedriger, aber das heisst nicht, dass man sich nicht darauf vorbereiten müsste – auch wenn vielleicht in der Schweiz diesbezüglich bisher nichts Gravierendes passiert ist. Wir haben in den letzten Jahren einiges unternommen, um uns für solche Fälle vorzubereiten und das sicherheitspolitische Instrumentarium anzupassen.

Ich denke da etwa an die Strategie des Bundes zum Schutz vor Cyber-Risiken oder die Schaffung des Sicherheitsverbunds Schweiz.

Ich glaube deshalb auch, dass die

Schweiz heute gut aufgestellt ist, um mit den Unwägbarkeiten der aktuellen Bedrohungslage umzugehen. Wir haben zweifellos unsere Stärken, mit einem dezentralen, flexiblen System, das auf pragmatische und dadurch auch anpassungsfähige Zusammenarbeit setzt. Ich würde deshalb auch nicht von «Sorge» sprechen. Es geht einfach darum, die Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und zu schauen, wo man die Instrumente und deren Zusammenspiel noch weiter optimieren kann.

«Die Schweiz ist gut aufgestellt, um mit den Unwägbarkeiten der aktuellen Bedrohungslage umzugehen.»

Wenn die Mittel für die Sicherheitspolitik nicht grösser werden – ist ihre Verteilung innerhalb der Armee heute noch der Bedrohungslage und modernen Kriegsbildern angepasst?

Die Verteilung der Mittel innerhalb der Armee muss den Bedrohungen und Gefahren entsprechen, aber auch den politischen Realitäten. Es gibt mehrere Gründe, wieso die Abwehr eines militärischen Angriffs derzeit und wohl noch auf einige Zeit hinaus wesentlich mehr Mittel erfordert als die Unterstützung der zivilen Behörden oder die Friedensförderung. Der erste Grund liegt schlicht darin, dass alle Grosswaffensysteme der Armee ausschliesslich für diese Aufgabe vorgesehen sind (zum Beispiel Artillerie, Panzer), und solche Grosssysteme sind teuer. Der zweite Grund ist Kontinuität: Es braucht anhaltende Veränderungen über einige Jahre, bis sich in der Ressourcenverteilung spürbar etwas ändert. Ich sehe die Aufgabe einer Unterstützung der zivilen Behörden klar im Aufwind, und das wird sich auch in der Ressourcenallokation ausdrücken. Das geschieht aber nicht von heute auf morgen.

Sehen Sie in den nächsten 10 bis 15 Jahren reale Szenarien von traditionellen Kriegen Staat gegen Staat, welche die Schweiz direkt betreffen könnten?

Ich halte das nicht für sehr wahrscheinlich, in dem Sinne, dass solche Kriege die Schweiz militärisch direkt betreffen würden. Auf nicht-militärische Art werden wir von internationalen bewaffneten Konflikten aber durchaus betroffen, zum Beispiel durch Versorgungsstörungen oder Migrationswellen. Der Schutz der Schweiz und ihrer Bewohner ist allerdings so wichtig, dass wir auch dann nicht einfach nichts machen dürfen, wenn die Wahrscheinlichkeit eines Kriegs, der uns direkt berührt, gering ist. Da wollen und müssen wir Sicherheit haben – das ist eine Kernaufgabe des Staates, und dafür braucht es eine Armee, die ihrer Aufgabe gewachsen ist und dazu auch die nötigen Mittel erhält.

Inwiefern beeinflusst die russische Sicherheitspolitik unter Putin die Sicherheitspolitik der Schweiz? Droht ein Rückfall in die Kalte-Krieg-Mentalität?

Ich bin zuversichtlich, dass die russische Führung die Vorteile guter Beziehungen zu Europa und den USA ebenso wie zu China erkennt. Auch wenn nun vermehrt wieder von einem Rückfall in den Kalten Krieg die Rede ist, kann ich mir das nicht vorstellen. Daran hat niemand ein Interesse, weder Russland noch die USA, und sicher nicht Europa. Man

muss da vielleicht auch etwas zwischen Rhetorik und Realität unterscheiden. Ich glaube, dass die Beziehungen und Interessen in der Realität durchaus genügend solide sind, um auch gewisse Spannungen auszuhalten – und solche Spannungen wird es zweifellos weiterhin geben. Die Beziehungen der Schweiz zur Russischen Föderation sind im Übrigen gut, generell, aber auch in der Sicherheitspolitik. Wir haben regelmässig sicherheitspolitische Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen. Das ist wichtig, weil es das gegenseitige Vertrauen und Verständnis fördert. Natürlich wäre so etwas im Kalten Krieg völlig undenkbar gewesen. Von daher haben wir heute eine ganz andere Situation, und ich finde deshalb auch diese Vergleiche abwegig und wenig hilfreich.

«Die Beziehungen der Schweiz zu Russland sind gut, generell, aber auch in der Sicherheitspolitik.»

Infolge Ermüdungserscheinungen (Irak, Afghanistan) und abnehmender Verteidigungsausgaben werden internationale Friedensförderungs-Interventionen im Ausland mit Bodentruppen politisch immer problematischer. Was bedeutet dies für reale Krisenszenarien wie beispielsweise aktuell in Syrien?

Das ist eine Tendenz, die offensichtlich ist: Die westlichen Staaten – oder vor allem deren Bevölkerungen – sind weniger bereit als früher, sich in risiko- und verlustreiche, jahrelange militärische Unternehmen weit weg vom eigenen Land zu stürzen. Ob das für die internationale Stabilität nur schlecht ist, kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Zumindest haben die Beispiele Irak und Afghanistan gezeigt, dass solche militärischen Interventionen sehr problematisch sind, so dass sich durchaus die Frage stellt, ob solche gross angelegten Interventionen im Nettoeffekt positiv oder negativ für die internationale Sicherheit und Stabilität sind. Ich glaube nicht, dass militärische Interventionen oder Stabilisierungsversuche ganz verschwinden werden. Je nach Umständen werden auch in Zukunft einzelne Länder oder Koalitionen bereit sein, militärisch in einem Drittland zu intervenieren – wenn es ihnen einigermassen berechenbar und erfolgversprechend scheint. Der Fall Syrien zeigt, dass die Hemmschwelle für Militäreinsätze viel höher ist als auch schon. Das Positive daran ist, dass es die Staatenwelt zwingt, nach anderen Lösungen zu suchen.

Welche Auswirkungen haben die Budgetkürzungen der europäischen Nachbarn im Verteidigungsbereich für die Schweiz?

Sie haben keine direkten Auswirkungen auf die Schweiz. Sie zeigen einfach das, was wenig überraschend ist: Alle Staaten – zumindest in Europa – müssen mit weniger Geld auskommen. Das gilt auch für den Verteidigungsbereich. Das ist ja nichts Neues, auch für die Schweiz nicht. Wir haben seit dem Ende des Kalten Kriegs massiv gespart bei der Armee. So viel, dass wir uns heute fragen müssen, ob da nicht übertrieben wurde. Ich meine, ja. Deshalb setze ich mich auch dafür ein, dass die Armee wieder ein Budget erhält, mit dem sie ihre Aufgaben – die es ja immer noch gibt – erfüllen kann. Das gilt eigentlich unabhängig davon, was in anderen Ländern passiert.

Welche Auswirkungen können Bürgerkriege wie in Syrien auf die Schweiz haben? Wie reagiert die Schweiz darauf?

Es ist klar, dass Konflikte wie in Syrien, auch wenn sie nicht unmittelbar vor der eigenen Haustüre stattfinden, uns betreffen. Kein Land kann sich dem entziehen; das ist ja gerade eines der wesentlichen Merkmale unserer Zeit, als Folge der Globalisierung und Vernetzung. Die unmittelbarste Auswirkung solcher Konflikte ist sicher die Migration.

«Konflikte wie in Syrien betreffen uns, auch wenn sie nicht unmittelbar vor der eigenen Haustüre stattfinden.»

Das ist auch im Fall von Syrien so. Der Bundesrat hat hier reagiert, indem er die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen und den Nachzug für Familien erleichtert hat. Andere Auswirkungen, die bei solchen Konflikten

auch denkbar wären, sind Versorgungsstörungen – wenn die Lieferung von für die Schweiz wichtigen Gütern davon betroffen wäre – oder das Entstehen rechtsfreier, unkontrollierter Gebiete, wo sich terroristische oder kriminelle Organisationen einnisten können. Das alles können sicherheitsrelevante Folgen sein. Dass solche Konflikte gar nicht erst ausbrechen oder möglichst bald beendet werden, ist deshalb nicht nur aus humanitärer, sondern auch aus sicherheitspolitischer Sicht wünschbar.

In welchen Bereichen kann die Schweiz in ihrer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik von der Zusammenarbeit mit dem Ausland profitieren? Wo soll

sich die Schweiz bei Friedensförderungseinsätzen einbringen? Und wie soll sie das tun?

Ich denke vor allem an drei Bereiche: den Nachrichtendienst, den Rüstungsbereich und die Ausbildung. Beim Nachrichtendienst ist die Zusammenarbeit, der Austausch mit Partnerdiensten wichtig. Das ist nicht neu, gilt aber heute wohl mehr denn je – wenn wir uns überlegen, wie rasch und vielfältig sich heute ein Ereignis von einem Ort zum anderen fortpflanzen und verstärken kann. Es geht hier um Vorausschauen und Antizipieren. Bei der Rüstungspolitik ist Zusammenarbeit unvermeidlich; weil es für viele Systeme gar keine schweizerischen Anbieter gibt. Ein dritter Punkt ist die Ausbildung. Dort kann die Armee zum Beispiel durch die Teilnahme an einzelnen Übungen ihre Fähigkeiten testen und sich mit anderen vergleichen. Es ist wichtig zu wissen, was man kann, wenn man sich weiter verbessern will. Was die militärische Friedensförderung anbelangt, so ist die Strategie des Bundesrats bekannt: Er will, dass die Schweiz dieses Engagement ausbaut. Das soll vor allem dort passieren, wo die Schweiz über Fähigkeiten verfügt, die international gefragt sind, weil es nicht alle können. Man denkt dabei etwa an logistische Experten, Luft- und Bodentransportmittel, medizinisches Personal oder Abrüstungsexperten. Es ist sicher richtig, auch weiterhin auf gewisse Nischen zu setzen, nach dem Motto «Qualität vor Quantität». Grosse Infanteriekontingente zu schicken, ist für die Schweiz keine Option.

Der Sicherheitspolitische Bericht 2010 forderte die Stärkung der inneren Sicherheitskooperation. Inzwischen ist der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) angelaufen. Sind Sie zufrieden mit den Fortschritten?

Ich bin überzeugt, dass die Etablierung des SVS eine gute Sache war. Es ist wichtig – nicht nur in der Sicherheitspolitik, aber dort sicher auch –, dass man zuerst sein eigenes Haus in Ordnung bringt. Das ist das eigentliche Ziel des SVS: die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Staatsebenen und ihren Instrumenten zu optimieren. Diese Zusammenarbeit war in der Schweiz immer eng, aber sie kann noch weiter verbessert werden. Das hat sich unter anderem bei Grossanlässen wie der Fussball-Europameisterschaft gezeigt. In einem dezentralen Land wie der Schweiz muss die innere Mechanik fein abgestimmt sein, man muss sich kennen und man muss wissen, was die anderen tun und machen

können. Das ist die Idee des SVS: einen permanenten Dialog zwischen Bund und Kantonen zu haben und gemeinsam Lösungen zu finden. Es ist noch zu früh, um abschliessend zu sagen, wie weit uns das bringen wird. Aber die ersten Erfahrungen sind sicher positiv und bestätigen, dass eine solche Plattform nötig war.

In den heutigen militärischen Auseinandersetzungen spielen Drohnen und Spezialkräfte eine immer grössere Rolle. Welche Bedeutung hat dieser Trend für die Schweiz?

Es ist klar, dass wir diese Trends auch verfolgen und unsere Schlüsse daraus ziehen. Drohnen sind sicher ein Instrument, das auch für die Schweiz relevant ist; nicht im Sinne von Kampfdrohnen, um zu töten, aber als modernes Mittel zur Aufklärung und Überwachung. Die Schweizer Armee besitzt ja bereits seit längerer Zeit Drohnen, und wir haben vor, diese in den nächsten Jahren durch ein neues Modell zu ersetzen. Drohnen sind für die Schweiz auch deshalb wichtig, weil sie sich gut eignen, um subsidiär zur Unterstützung der zivilen Behörden eingesetzt zu werden, zum Beispiel für die Polizei oder das Grenzwachtkorps – so, wie wir das regelmässig machen. Bei den Spezialkräften verfügt die Schweiz auch über gewisse Fähigkeiten. Diese wurden in den letzten Jahren nach und nach aufgebaut und professionalisiert. Ich denke, dass die Schweiz damit heute für ihre Bedürfnisse gut dasteht. Man darf ja nicht vergessen, dass wir nicht dieselben Interessen und Ambitionen haben wie andere Streitkräfte, wo solche Sondereinheiten vor allem auch dazu dienen, Spezialeinsätze in fernab gelegenen Gebieten durchzuführen. Bei uns geht es mehr um Einsätze wie Evakuationen von Schweizer Staatsbürgern oder den Schutz von Schweizer Einrichtungen im Ausland.

Wie bewerten Sie den Ausgang des Referendums zur Wehrpflicht?

Wenn sich drei Viertel der Stimmenden für die Beibehaltung der Militärdienstpflicht aussprechen, ist das ein überzeugendes Bekenntnis zur Milizarmee. Dies ist umso überzeugender, als es um eine Pflicht geht, von der ein grosser Teil der Bevölkerung für mehr als 200 Tage real berührt wird. Es ging bei der Abstimmung nicht nur um die Frage, wie man am besten genügend qualifizierte Soldaten findet, sondern auch um grundlegendere Aspekte wie den Grundsatz von Bürgerrechten und

-pflichten und die Vorstellung des Bürgers in Uniform. Ich glaube, dass es den Schweizern immer noch wohler ist, wenn sie wissen, dass wir eine Armee haben, in der Bürger ihren Dienst leisten, weil sie müssen, statt eine Armee zu haben, in der es Freiwillige tun, deren Motivation unklar ist. Für die Armee und das VBS bedeutet die grosse Zustimmung zur Militärdienstpflicht auch eine Verpflichtung, mit diesem Vertrauenskapital sorgfältig umzugehen.

Umfragen zufolge sind die Schweizer Bürgerinnen und Bürger aber weitaus kritischer, was die Beschaffung des Gripen betrifft. Weshalb ist die Investition von 3,1 Milliarden Franken aus militärischer Sicht ein Muss?

Es ist ein Muss, weil es um die Zukunft der Schweizer Luftwaffe geht. Und damit um die Frage, ob die Schweiz auch in Zukunft in der Lage sein soll, ihren Luftraum autonom zu kontrollieren und zu verteidigen; denn das ist nur mit Kampfflugzeugen möglich. Die Schweiz hat zwar Kampfflugzeuge, aber die 33 F/A-18 allein sind zu wenig, um die Durchhaltefähigkeit zu erreichen, die wir brauchen. Und die F-5 Tiger sind veraltet – sie stammen aus einer anderen, in technologischer Hinsicht könnte man sagen «vormodernen» Zeit. Wenn wir also auch in Zukunft bei Luftpolizeidienst und -verteidigung nicht in Abhängigkeiten geraten wollen, muss die Kampfflugzeugflotte modernisiert werden. Es ist aber klar, dass das auch etwas kostet. Und ich finde es richtig, dass die Schweizer Bevölkerung bei einer solchen Frage kritisch ist und Fragen stellt.

«Interessant ist, dass die Neutralität in den westlichen Staaten an Bedeutung verloren hat und wohl teilweise auch nicht mehr wirklich verstanden wird.»

Das ist ihr gutes Recht, wenn es um so viel Geld geht. Ich bin aber zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, eine Mehrheit der Bevölkerung von der Wichtigkeit und Richtigkeit dieser Beschaffung zu überzeugen – denn die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wissen auch um den Wert der Sicherheit für unser Land.

Die schweizerische Neutralität geniesst in Umfragen grosse Unterstützung in der Bevölkerung. Wie sehen Sie die Entwicklung des Prinzips in den nächsten Jahrzehnten?

Die Neutralität ist ein interessanter Fall: Es ist wahrscheinlich das einzige Element unserer Sicherheits- und Aussenpolitik, das praktisch unbestritten ist, und zwar von links bis rechts. Natürlich wird teilweise Unterschiedliches darunter verstanden, aber im Grundsatz ist fast niemand gegen die Neutralität. Ich selber sehe denn auch weit und breit keinen Anlass, warum sich das ändern sollte. Die Neutralität wird bleiben. Die Schweiz ist damit gut gefahren, und die Leute würden wohl – zu Recht – fragen, warum man etwas über Bord werfen sollte, das sich bewährt hat und so breit akzeptiert ist. Interessant ist, dass die Neutralität in den westlichen Staaten an Bedeutung verloren hat und wohl teilweise auch nicht mehr wirklich verstanden wird, dass sie gleichzeitig aber in anderen Regionen durchaus immer noch unvermindert stark beachtet und geschätzt wird. Das erlebe ich auch in meinen Kontakten mit aussereuropäischen Staaten, wo die Neutralität der Schweiz immer ein Thema und meiner Meinung nach auch fast immer ein Vorteil ist.

Interview: Christian Nünlist